

Fahrverbote für Oldtimer – Wie wirklichkeitsfern ist unsere Politik?

NACHHALTIGKEIT GEOPFERT FÜR DEN KONSUM

Nachhaltigkeit, ein Stichwort der Grünen und von allen Parteien gerne zitiert, wenn es um Umweltschutz geht. Nachhaltigkeit heißt Wirtschaften mit Blick auf die Umwelt-Ressourcen. Genau hier ist die umweltfreundliche Idee verankert, qualitativ hochwertige Güter mit langer Lebensdauer zu produzieren. Das aber ist ein Schritt weg vom schnellen Konsum und der vermeintlichen Sicherung von Arbeitsplätzen durch denselben. Vermeintlich deshalb, weil Konsum zwar die Produktion ankurbelt, aber auf der anderen Seite, viele kleinere und mittelständische Betriebe, die sich mit der Reparatur und der Ersatzteilversorgung für langlebige Güter beschäftigen, aussterben. Wo führt das wiederum hin? Es gibt eine Konzentration produzierender Betriebe, die aufgrund ihrer großemäßig bedingten Vormachtstellung, den Markt weiter bereinigen. Zum Schluss bleiben einige wenige Betriebe übrig, die sich den Markt teilen, ein so genanntes Oligopol. Diese Form findet sich heute in fast allen Bereichen, am ausgeprägtesten im Tankstellenmarkt, aber auch die Nahrungsmittelketten, Baumärkte, Autohersteller, Stromanbieter und viele andere Bereiche sind beispielhaft dafür. Wenige Anbieter teilen sich den Markt. Insofern unterscheidet sich die Situation nur unwesentlich von einem Monopol, wo ein Anbieter den Markt beherrscht. Diese Situation können die Oligopolisten durch Absprache herstellen. Wettbewerb und Kreativität, Innovation und Forschung und auch die Individualität, alles bleibt auf der Strecke! Arbeitsplätze sind in diesem Umfeld auf das Wesentliche reduziert. Langfristig gesehen erreicht man also mit schneller werdendem Konsum nur eine Konzentrierung der Produktion auf wenige, global agierende Betriebe und eine Reduzierung, speziell der individuellen, Arbeitsplätze. Gleichzeitig werden die Ressourcen vermehrt aufgebraucht, da die Produktion eines Gegenstandes meistens mehr Input verschlingt, als die Weiternutzung eines alten. Und was hat das alles mit Autos bzw. Oldtimern zu tun?

REPARIEREN STATT WEGWERFEN

Greenpeace hat vor einigen Jahren eine Studie vorgelegt, die besagt, dass ein Auto bei seiner Herstellung ebensoviel Energie verbraucht wie in dem Zeitraum seiner Nutzung. Daraus kann man den Schluss ziehen, das Autos die lange genutzt werden, umweltfreundlicher sind, als neu produzierte. Sie ersparen der Umwelt womöglich gar die Produktion eines oder mehrerer Neuwagen (was gar nicht im Sinne der konsumorientierten Industrie ist). Hier setzen auch die Umweltbemühungen der Grünen an. Das Motto lautet: „Reparieren statt wegwerfen“. Da unsere Politiker scheinbar den Weitblick verloren haben, konterkarieren letztendlich die Umweltschützer (und wer will das heutzutage nicht sein?) unter ihnen, dieses Ziel mit kurzfristigen Annahmen. Gerade durch die Forderung von neuen Abgasttechnologien wird der deutsche Fuhrpark permanent politisch veraltet. Kaum ist eine Abgasreinigungsstufe eingeführt, wird die nächste propagiert. Alles rechtfertigt mit dem Ruf nach mehr Umweltschutz. Also Neuproduktion und damit neuer Konsum und gleichzeitig Entsorgung der per Dekret als veraltet erklärten Technik. Genau diese „alten“ Fahrzeuge fahren aber im weniger umweltorientierten Ausland weiter und sorgen dort für günstige Einstiegspreise bei der Vollmotorisierung dieser Länder. Global gesehen fördert Deutschland damit den Einstieg in die weltweite Vollmotorisierung. Warum also wird jemand der sein Hab und Gut pflegt, sich verantwortungsvoll verhält und persönliches Engagement zeigt, bestraft? Er darf sein gepflegtes Auto plötzlich nicht mehr benutzen.“ Reparieren statt wegwerfen“ wird jetzt negiert, zugunsten einer konsumorientierten Wegwerfindustrie. Das kann nicht die langfristige, nachhaltige Lösung sein!

BÜRGERFEINDLICHE, BEVORMUNDENDE POLITIK OHNE WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE UND WEITBLICK

Seine Krönung findet diese bürgerfeindliche Politik in Fahrverboten für Oldtimer und ältere Fahrzeuge ohne Euro 2 – Abgasregelung. Diese sollen aus den Innenstädten verbannt werden, alles unter dem Stichwort: Feinstaubemissionen. Schon hier müsste man sagen: Thema verfehlt! Die alten Autos produzieren keinen Fein- sondern Grobstaub. Insofern versucht die Politik eine Minderheit zur „Umweltsau“ zu machen, die man publikumswirksam unter dem Deckmantel Umweltschutz durch die Gassen treibt. In meinen Augen reiner Aktionismus, ohne jeglichen wissenschaftlichen Hintergrund. Beispielsweise war am Tag des Besuchs von Präsident Bush in Frankfurt für einen Tag der Verkehr nahezu stillgelegt. Rückgang des Feinstaubetrags an den Messstellen gleich Null. Weiterhin ist seit 1960 der Anteil der Staubemissionen von drei Millionen Tonnen jährlich auf 0,4 Tonnen in heutigen Tagen zurückgegangen, ganz ohne Klein-Klein-Regelungswut. Wozu brauchen wir für maximal 0,5% Oldtimeranteil eine eigene Gesetzesregelung? Jede Sitzung zu diesem Thema ist überflüssig und kostet den Bürger Gelder, die in einem wirklichen Umweltprogramm, z.B. Aufforstungen, besser angelegt wären. Jede Stadt kocht hier erst mal ihr eigenes Süppchen. Wenn dann alles Stadträte diverse Stunden mit Sitzungen vertan haben, wird vermutlich über den deutschen Städtetag oder die Gesetzgebung doch ein übergreifender Beschluss zu diesem Thema gefasst. Warum überhaupt preschen die deutschen Städte in dieser Lage vor? Andere europäische Städte üben sich in Gelassenheit. Es wäre nicht das erste Mal die Bestätigung des Spruches: In der Ruhe liegt die Kraft. Politiker, wann denkt Ihr mal darüber nach, was Eure heiß gestrickten Vorschläge für eine Chance vor Gericht haben (siehe Rauchverbot!) und was dieser blinde Aktionismus kostet? Bürgernah ist das alles nicht mehr. Und es ist ein erster Schritt in die völlige Entmündigung des Bürgers: Was kann man nicht alles verbieten, indem man den Umweltschutz bemüht? (z.B. die Feuerwerke zur Jahreswende?) Es ist dann nur noch eine Frage der Zeit, alle Energie verbrauchenden Tätigkeiten (und das sind alle) zu verbieten oder zu regeln. Dann sind wir wieder da, wo die DDR bis zum Mauerfall schon war.

DIESE POLITIK VERNICHTET ARBEITSPLÄTZE UND ERSCHÜTTERT DAS VERTRAUEN DER BÜRGER

Eine FIVA-Studie belegt (Oldtimer Markt 1/07 S. 18ff) das die Oldtimer-Branche mehr als 5 Milliarden Umsatz macht, bei weniger als 2% Anteil am Gesamtbestand von 54 Millionen Autos (Stand 2005). Die meisten dieser Oldies stehen hauptsächlich in der Garage und erfreuen ihre Besitzer allein durch ihr Vorhandensein. Die Fahrleistungen dieser erstklassig gewarteten Fahrzeuge sind eine vernachlässigbare Größe und taugen überhaupt nicht dazu, hier eine ganze Branche als Umwelt-Schweine zu verunglimpfen. Da allein schon das Ankündigen von Fahrverboten für starke Verunsicherung unter den Haltern solcher rollenden Denkmäler (bei denkmalgeschützten Häusern sieht die Politik das alles völlig anders, obwohl auch diese höhere Heizkosten verursachen) sorgt, ist es eine Frage der Zeit, wann diese Branche Verluste hinnehmen muss. Damit vernichtet man auf politischem Wege Arbeitsplätze in einem der wenigen mittelständischen, handwerklichen Gewerbe das noch Lehrberufe schafft und damit auch schwer vermittelbaren Jugendlichen eine Chance bietet. Einmal abgesehen davon, haben viele der Oldtimer-Liebhaber das Gefühl,

dass ihr Hobby von Vater Staat für umweltpolitischen Aktionismus missbraucht wird. Um die Dimension der Liebhaberei (ohne das damit nur das Fahren gemeint ist) zu verdeutlichen, sie auch erwähnt, dass die führende Oldtimer-Fachzeitschrift in der Auflagenstärke nach ADAC-Motorwelt und Auto, Motor und Sport an dritter Stelle liegt. Hier lesen nicht nur Oldtimer-Fahrer, sondern auch Modellauto-Liebhaber und auch die vielen Zuschauer die am Rande von Oldtimer-Veranstaltungen ihren Kindern den Bezug zur Vergangenheit nahe bringen. Auch bei dem als Demonstration gegen solches politisches Vorgehen angekündigten Oldtimercorso mit rund 400 Fahrzeugen in München stand ein Vielfaches dieser Zahl als Zuschauer mit einer Träne im Knopfloch am Straßenrand. Die Bevölkerung, so scheint es, ist ebenfalls für rollende Denkmäler statt Stillstand in den Museen.

STADTBEWOHNER SIND DIE LEIDTRAGENDEN

Als Oldtimer besitzender Münchner Bürger der im als Fahrverbotszone vorgesehenen Innenteil des mittleren Rings wohnt, fühle ich mich regelrecht enteignet. Ich soll meine Autos zukünftig außerhalb des mittleren Rings abstellen?! Einmal abgesehen davon, dass dort sicher nicht die Parkplatz-Kapazitäten geschaffen werden, sehe ich nicht ein, dass hier eine Ungleichbehandlung von Stadt- und Landbewohnern eintritt. Da ich beruflich auf mein Fahrzeug angewiesen bin, soll ich also laut Stadtrat einfach ein neues Auto kaufen, also politisch gewollt konsumieren. Wo bleibt das im Rathaus propagierte Motto: Reparieren statt wegwerfen? Unglaublich kann man Politik nicht gestalten! Ich habe außerdem eine Betriebserlaubnis für meine Fahrzeuge und ich zahle Steuern, neuerdings sogar Parklizenzgebühren für meine Fahrzeuge. Hier greift man mir gerne in die Tasche ohne ein Angebot dafür zu erschaffen. Die Lösung: Auszug aus München in die Umlandgemeinden. Dort sind neue Steuerzahler und Bürger hoch willkommen. Kein Wunder, dass München die höchst verschuldete Stadt in Deutschland ist. Wofür ist der Stadtrat eigentlich da? Sollte er nicht im Sinne seiner Bürger entscheiden, statt gegen Sie?

WEITERE BETROFFENE: BESITZER VON LIEFERWAGEN, WOHNMOBILEN UND ÄLTEREN AUTOS (KEINE OLDTIMER = ÜBER 30 JAHRE)

Viele Betroffene wissen noch nichts von dem, was auf Sie zukommt. Der Rentner der sein älteres Auto hegt und pflegt, viele Lieferfirmen und Besitzer von Kleintransportern und Wohnmobilen, alle sollen Ihre Autos vor dem mittleren Ring abstellen und neue Autos kaufen? Hier handelt es sich um weitere 10% an Fahrzeugen des Gesamtbestandes. Bisher sind alle davon ausgegangen, dass der TÜV diese Autos eines Tages aus dem Verkehr zieht. Insofern würde sich dieses Problem in den nächsten Jahren von selbst lösen, ohne das ein weiteres Gesetz notwendig wäre. Wenn die Städte dieses Recht nun unter dem Deckmantel Umweltschutz an sich ziehen, ist hier in meinem Empfinden eine Rechtsunsicherheit eingetreten, die an willkürliches Raubrittertum und Brückenzoll aus alten Tagen erinnert. Erste Ansätze die selbst ausgerufenen Mängel durch Verwaltung, sprich Anwohnerausnahmen und Plaketten, zu verwalten, führen den so oft zitierten „schlanken Staat“ wieder ad absurdum. Der von allen Parteien ausgerufenen Verwaltungsabbau und die Verschlankung des Staates sind so sicher nicht zu erreichen.

LÖSUNG

Da die alten Autos sowieso schon durch höhere Steuern bei meist geringer Fahrleistung für zusätzliche Steuereinnahmen sorgen, könnte man diese gezielt dem Umweltschutz zukommen lassen. Global gesehen hieße das Regenwald kaufen oder lokal gesehen, Aufforstungsprogramme. Bäume binden Staub und sorgen für reinere Luft. Was liegt also näher, als hier anzusetzen? Da sich ein gewisser Prozentsatz von den 10% der älteren Fahrzeuge mit Hilfe von Katalysatortechnik nachrüsten lassen, bzw. durch Umbau auf Gasbetrieb sauberer werden, kann man hier finanzielle Anreize schaffen. Dazu sollte die Prozedur der Nachrüstung und deren Eintragung in die Fahrzeugpapiere vereinfacht werden. Besitzer von gut erhaltenen Fahrzeugen dürften diese Investition nicht scheuen und die wenigen, die wirklich mit der „alten Karre“ herumfahren, wird in absehbarer Zeit der TÜV aus dem Verkehr ziehen. Die vorhandene Regelungsdichte in Deutschland sorgt meines Erachtens ausreichend dafür, dass im KFZ-Bereich der Umweltschutz nicht zu kurz kommt. Anreize schaffen und logische Lösungen anbieten, statt blindem Aktionismus!

Dipl. Kfm. Thomas Hanna

Weitere Quellen: Motor Klassik 1/07 S.3, SZ 23.-26.12.06, Seite V2/2

Thomas Hanna Rankestr.6 D-80796 München Tel:0049/089/3004491 Fax:3005592 Mobil: 0172/4189748